

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei postmässiger
Abstellung 2,50 M., durch die Post
2,25 M., auswärts Zustellungsgebühr.
Beziehungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für anverlangt eingehende Remittenz
mit feiner Wendung übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe:
„Saale-Z.“ gestattet.
Herausgeber der Redaktion Nr. 1149:
der Geschäftsstelle Nr. 1133 a
Anzeigen-Geschäftsstelle Große Märk-
straße 63, I., Leipziger Str. 91 u. 176

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Dreizehnbürgerlicher Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren
Raum mit 30 Fig. „solche auch Halle mit
20 Fig. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Märkstraße 63, I. sowie von
unseren Annahmestellen und allen
Kunzener-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 75 P. für Halle
und auswärts 1 Mt.
Erbschaft täglich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.
Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle Halle, Gr. Bauhausstraße 17.
Neuburg-Geschäftsstelle Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle Gr. Märk-
straße 63, I., Leipziger Str. 91 u. 176

Nr. 577.

Halle a. S., Freitag, den 10. Dezember.

1909.

Des neuen Kanzlers erste Reichstagsrede.

8. Sitzung, Donnerstag, den 9. Dezember.

Am Tische des Bundesrats: v. Bethmann-Hollweg, Delbrück, Wernuth, Kretsch, v. Schön, v. Tzipig, Dernburg, Visco usw. Die Tribünen sind sehr stark besetzt, besonders auch die Diplomaten- und die Bundesratsloge. In der Hofloge der Chef des Generalstabes v. Moltke, Generaladjutant v. Pflessen u. A. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Die erste Lesung des Etats.

(Erster Tag.)

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Der Etat, in dessen Beratung Sie heute eintreten, ist mit besonderer Vorsicht aufgestellt worden. Das zu tun, war für die verbündeten Regierungen die erste praktische Forderung aus den Ereignissen der letzten Session. Die Einnahmen sind — der Reichsfiskuspräsident wird das noch näher ausführen — so veranlagt, daß sich nach menschlicher Voraussicht das nächste Jahr mit dem Soll decken wird. Allen Anforderungen für die

Aufrechterhaltung unserer Wehrmacht

ist genügt. Allgemeine Richtschnur war es, in keinem Ressort das Maß des unbedingt Notwendigen zu überschreiten. Der Anleihebedarf ist soweit als irgend möglich eingeschränkt worden. Mit den Regierungen werden die Parteien darin übereinstimmen, daß es unsere erste Aufgabe ist, dem Reiche eine solide Finanzgrundlage zu sichern. (Sehr richtig!) Und bei der Lösung dieser Aufgabe werden auch die Parteien wieder zusammenarbeiten müssen, die über den Steuern auseinandergeraten sind, mögen ihre politischen Differenzen fort-dauern oder nicht. Auf die Vorgänge der damaligen Zeit weist ich nicht zurück, ich kann mir davon keinen Nutzen für die vor uns stehenden Geschäfte verschreiben. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Nur einen Punkt muß ich zur Verhütung. Man hat gesagt, und man hat diese Frage mit Vorwürfen begleitet, weshalb die Regierungen in den Kampf über die Steuererhöhungen nicht eingegriffen hätten. Es ist nicht richtig, daß sich die Regierungen in diesem Kampf unnützlich verhalten hätten. Was in den Streitigkeiten unmit-telbar greifbar war, das waren unrichtige Berechnungen über die Verteuerung einzelner Verbrauchsgegenstände durch die neuen Steuern. Diesen unrichtigen Berechnungen sind die Regierungen in einer großen Reihe von Berichtigungen und auf-klärenden Artikeln entgegengetreten. Sie haben es allerdings getan, ohne sich in die Parteipolitik einzumischen. Das haben die Regierungen unterlassen nicht aus theoretischen Gründen, nicht, weil es ihnen an Mut gefehlt hätte, für die Beistritze der Parteien einzutreten, die sich am letzten Ende über die Be-willigung von Steuern in genügender Höhe verstanden hatten, sondern lediglich, weil es keinen praktischen Erfolg gehabt hätte. Verbündert hätten sie die leidenschaftliche Agitation nicht. Dazu war

Die politische Erregung zu groß,

daß für die Kritik an jede neue Steuer zu leicht. (Weiterheit und sehr richtig! rechts und im Zentrum.)

Anstatt zu beruhigen, hätten die verbündeten Regierungen lediglich den Kampf ihrerseits immer aus neue wieder angeregt. Ueber die Verantwortung, die die Regierung übernimmt, als sie den Beschluß des Reichstages zustimmt, ist sie sich nie im Zweifel gewesen, ebensowenig, wie sie sich auch nur einen Augen-blick der Flut von Vorwürfen entzogen, die wegen dieser Zu-stimmung gegen sie gerichtet wurden. Aber genau wie im Juli dieses Jahres sind die Regierungen noch heute fest davon überzeugt, daß nur dank dieser Zustimmung möglich werden konnte und möglich geworden ist, Ihnen einen Etat vorzulegen der eine allmähliche Gesundung unserer Reichsfinanzen ver-spricht. (Sehr richtig! rechts.)

In der Thronrede sind die hauptsächlichsten Gelethesarbeiten beschildert worden, die den Reichstag dieses Winter beschäftigen werden. Man hat zum Teil erwartet, daß zu dem aktu-ellen Programm noch ein allgemeines hinzukom-men wird. Diese Erwartung entspricht, wie mir scheint, in erster Linie Parteipolitiken. Daher denn auch das weitere Verlangen nach programmatischen Erklärungen darüber, auf welche Parteikonstellationen die verbündeten Regierungen sich stützen können. Was für Vorstellungen sind es, welche diese Fräulein erheben? Es entscheiden es die Parteien, von jeder ab-gelehnt haben und noch ablehnen, Regierungspartei zu sein — und ich persönlich kann das durchaus verstehen — so wenig wird in Deutschland jemals

eine Regierung Parteiregierung

sein können. (Sehr richtig! rechts. Stürmische Unterbrechungen durch die Sozialdemokraten. Präsident Graf Stolberg bittet, den Redner nicht zu unterbrechen. Von der Rechten wird der Redner durch lauten Beifall geantwortet, was erneute Rund-

gebungen der Sozialdemokraten und Freisinnigen veranlaßt. Der Reichskanzler schlägt erregt auf den Tisch. Ledebour (Soz.) ruft: Die konservative Parteiregierung besteht schon seit langem! Zustimmung links, heftiger Widerspruch rechts, der Präsident schließt mit der Glocke Ruhe. Der Reichskanzler fährt fort: Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, mit ihnen hat noch jeder deutsche Staat zu kämpfen gehabt. (Sehr richtig, rechts) Und an diesem Verhältnis, das in der Eigenart unseres Partei-wesens und in unseren staatlichen Institutionen begründet ist (Widerspruch links), hat auch die letzte Krise seinen Deut geändert. (Beifall rechts, Widerspruch links.) M. H., es ist gewiß, der Radikalismus hat ein lebhaftes Interesse daran, ganz Deutschland in zwei politische Lager zu trennen, je nach der Stellung, die die einzelnen Parteien zu den einzelnen Teilen der Steuererhöhungen eingenommen haben. (Zustimmung rechts, Lachen links.) Er macht ausgezeichnete Geschnitte dabei. (Lebhafte Zustimmung rechts, Geächsel links.) Aber dieser Dualismus ist eine Fiktion, die zwar zu Parteizwecken ausge-nutzt wird, die aber trotz der Verbitterung, die bei uns einge-zogen ist, auf die Dauer nur selbstschaden werden kann, wenn zum Schaden unserer politischen Entwicklung große Parteien auf ihre Geschichte, auf ihre Tradition und auf ihre Ziele ver-zichten wollen. (Lebhafte Beifall rechts, Lachen bei den Frei-sinnigen und Sozialdemokraten.) Was noch schlimmer ist: Ich kann keinen Vorteil sehen, den das Land davon hätte, wenn es gelänge, den Gegensatz, der sich über den neuen Steuern ent-wickelt hat, nun für alle Ewigkeit auf unsere gesamte politische Entwicklung fortwirken zu lassen. (Sehr richtig!) Eine ab-sprechende Kritik hat die gegenwärtige Situation dadurch be-sonders zutreffend kennzeichnen zu müssen geglaubt, daß sie von einer Periode der Stagnation sprach. Ja, auch das geschmackvolle Wort „Fortwärtigkeit“ ist angewendet worden. Doch gesagt wurde, den Reichstag würden in diesem Winter nur geschäftsmäßig nähere Vorlagen und keine Fragen von hochpolitischer Bedeutung beschäftigen. Ich sehe nichts, was ein solches absprechendes Urteil begründet. Wenn der Reichstag die ihm anemündeten Vorlagen erledigt, dann wird er mit Genugtuung darauf zurückblicken, reiche Arbeit ge-leistet zu haben. Und ist es denn richtig, daß diese Vorlagen geschäftsmäßig nächsten sind, so jeden politischen Interesses ent-behrend? Wenn ja, auf welche Stimme draußen hört, dann genannt man allerdings den Eindruck, als ob

unser politischen Herzen so abgestumpft

wären, daß bedeutende Vorlagen der Sozialpolitik, der Rechts-pflege, die Ihnen anemündet worden sind, Fragen, die Jahr-zehntelang auf das heftigste von den Parteien umstritten wor-den sind, deren Lösung als ein dringendes politisches Bedürfnis bezeichnet wurde, — ja sage, man gewinnt den Eindruck, als ob Frauen von solcher Bedeutung jedes politische Interesses ent-behren hätten in dem Augenblick, wo wir praktisch an ihre Lö-sung herantreten. (Sehr richtig!)

Ich verheißte meine Augen nicht vor der parteipolitischen Erregung, die das Land durchzieht. Aber ich bin doch der Ansicht, daß es weite Kreise gibt, denen nicht darum zu tun ist, nur mit einer ganz scharf begrenzten Kost, womöglich mit grund-sätzlichen Wenderungen genügt zu werden, sondern daß es weite Kreise unseres Volkes gibt, welche auf die Dauer nicht von der politischen Sensation und nicht von der Verärgerung leben wollen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Was das Volk in erster Linie verlangt, das ist doch, daß es in seiner wertvollsten Arbeit, das die wirtschaftlicher oder kultureller Art sein, hier oder draußen auf dem Weltmarkt nicht durch Anruhe oder Experimente gehindert wird, sondern es will durch eine Politik der Stetigkeit und Festigkeit im Innern und nach außen gestützt und gefördert werden. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum. Zurufe der Sozialdemokraten.) Glaube man denn nun wirklich, daß dieses Verlangen, daß die Vielgestaltigkeit der Bedürfnisse dieses Volkes, die sich nach der Eigenart der einzelnen Volkstämme, je nach der Verchie-denheit der wirtschaftlichen Vorbedingungen im Süden und Norden, im Osten und Westen unseres Vaterlandes in ganz ver-schiedenen politischen Manierungen äußert, glaubt man denn, daß dieses Verlangen erfüllt wird, wenn auch nur diese Ge-setzesvorlagen unter das eine Schema gefaßt werden, das nichts anderes kennt als die Schlagworte:

Radikalismus und Reaktion?

Jede gesunde Entwicklung, jeder vernünftige Fortschritt wäre dann unmöglich. (Sehr richtig! rechts.) Gewiß, so von Leben einer jeden Nation gehört der politische Kampf. (Zuruf links: Also doch!) Aber keine Nation ver-zückt es auf die Dauer, durch sectionalistisch jugelichte partei-politische Streitigkeiten in Atem gehalten zu werden. (Sehr richtig! rechts.) Das muß am letzten Ende den Nerv jedes staatkundlichen Lebens, jedes Vertrauens im Innern und das An-sehen nach außen, ihnen töten. Und dazu sind unsere Zeiten nicht angetan. Wir können uns nicht den

Zugun gestatten, uns bei Vergangenen aufzuhal-ten oder untätig zu sein. Wer sich wie Deutschland seine Stellung in nützlichere Arbeit erworben hat, der kann sie auch nur in solcher Arbeit behaupten. Und wie in Deutschland nie eine einzelne Partei es gewesen ist, die der deutschen Politik das Gepräge gegeben hat, sondern wie alle Kräfte des Volkes mitgewirkt haben, so muß es auch in Zukunft bleiben. Darin spricht sich nicht in den letzten Wochen so viel bejäh-rigte Ruf nach positiver Mitarbeit aus, aber gar ängstliche Sorge um die Schaffung einer momentanen par-lamentarischen Majorität. Nein, m. H., nicht das, aber die Ueber-zeugung, daß es einen Zwang zum Schaffen gibt, den die Volks-gemeinschaft jedem ihrer Glieder auferlegt, und die Gewißheit, daß dieser Zwang auch die gegenwärtigen Strömungen und Wir-tungen überdauern wird. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.)

Reichsfiskuspräsident Wernuth:

Der Nachtragetat von 500 Millionen beweist die bisherige traurige finanzielle Lage und die Notwendigkeit einer solideren Basis für unsere Finanzen. Dazu gehört auch eine genauere Abschätzung der Einnahmen. Bei Abschätzung der neuen Steuern und Zölle hat natürlich nicht ein Gesamtbetrag, wie er sich künftig ergeben dürfte, in Rechnung gestellt werden können, sondern es hat für das Jahr 1910 die Vereinfachung herabgesetzt werden müssen. Von den für die Dauer in Aussicht genommenen Mehreinnahmen von 500 Millionen gehen natürlich das Mehr an Matrifikularbeiträgen im Betrage von 25 Mill., ferner 55 Mill. an Fort-erhebung der Zucksteuer, sowie anderweitig noch 27 Mill. ab, so daß an wirklich neuen Steuern und Zöllen 413 Millionen ver-bleiben. Für 1910 wird auf etwa 1/3 dieses Betrages geschätzt. An neuen Steuern und Zöllen und an alten Steuern und Zöllen sind daher 1456 Mill. in den Etat eingestellt, gegen 1163 Mill. im Vorjahre. Was die Erhebung der neuen Einnahmen anlangt, so wird es ja noch eine ganze Weile dauern, ehe das Publikum und ehe die Behörden sich an die neuen Bestimmungen gewöhnen. Es sind zum Teil sogar Schwierigkeiten entstanden (bei der Talonsteuer), die den Gedanken nahelegen an eine Interpretation des Gesetzes. Sie sehen daraus, es handelt sich bei den neuen Einnahmen um eine Einnahmungsbedürftige Pflanze, und man wird deshalb eine ganze Weile ruhig abwarten müssen, ehe man an Änderungen denkt. Freilich erscheint deshalb auch ganz be-sondere Vorsicht geboten in Bezug auf neue Ausgaben. Ich muß nochmals auf den voraussichtlichen Höchstbetrag von laufenden Jahre 1909 von 240 Millionen zurückkommen. Derselbe kann sich noch verringern oder erhöhen, je nach dem Ertrage der neuen Ein-nahmemeinen. Bei der neuen Etatsaufstellung ist das Programm verfolgt worden, die Ausgaben seit am Äußer zu halten. Sie werden sehen, daß, wenn man auch nicht auf einmal in dem Sparen zu weit gehen kann, doch einzelne Ausgaben sprunghafte Einbußen erfahren haben. In allen Verwaltungszweigen hat man sich Beschränkungen auferlegen müssen. Notwendige neue Aufgaben haben darunter allerdings nicht leiden dürfen. So sind verärferte Ausgaben u. a. beim Militär zu verzeichnen, sowie bei der Marine. Hier zur vermehrten Beschaffung von Unterseebooten sowie zur verstärkten Schiffsausrüstung mit Tor-pedoes. Andererseits aber haben zahlreiche wünschenswerte Auf-gaben zurücktreten müssen. Mr. v. S., bitten Sie, mit uns mit diesem Etat auf einen Weg zu treten, der uns, wenn nicht sofort, so doch auf die Dauer auf einen festen Boden führen wird. (Beifall.)

Abg. von Hertling (Ztr.):

Meine Freunde meinen, daß der vorgelegte Etat im ganzen einen günstigen Eindruck macht. Was die Anhebung der neuen Steuern anlangt, so hat der Schatzpräsident wohlgeht mit seinen vorläufigen Schätzungen. Es war ganz unrichtig, wenn nach Bekanntwerden des neuen Etats einzelne Zeitungen sofort schrieben, der Etat befände ein völliges Fiasko der neuen Steuern. (Beifall im Zentrum und rechts.) Es verheißt sich ganz von selbst, daß schon wegen der Vereinfachung in dem Übergangsjahre noch nicht auf den vollen Steuerertrag der neuen Einnahmequellen zu rechnen ist. Neue Steuererlässe dürfen in absehbarer Zeit dem deutschen Volke nicht auferlegt werden. (Beifall.) Die Ausgaben müssen fortan sorgfältig den Einnahmen angepaßt werden. (Sehr richtig!) Reber geht dann auf die auswärtige Politik, zunächst Marokko, ein. In seinem Fall dürfte und dürfte der Eindruck erweckt werden, als ob Deutschland die Schuldhaft des Islam sei. In unserer Hoffnung auf eine friedliche Ent-wicklung kann uns auch der vielbesprochene Besuch in Kanton nicht beunruhigen. Wir wissen nicht, was es für uns Bedrohliches enthalten könnte. Kinesenfalls darf sich Deutschland in der be-trüglichen Frage ins Schlepptau Englands nehmen lassen, wie dies eine gewisse englische Presse wünscht. Wenn im Kongoprobe nicht alles so ist, wie es sein sollte, so bin ich überzeugt, daß nicht die belgische Regierung daran schuld ist, sondern andere Ver-hältnisse. England macht jetzt eine gewaltige Anstrengung, die bedeutende Verfassungsänderungen dort sind möglich. Möglich auch ein Übergang des kassischen Landes des Freihandels zum Schutz-zoll. Das wäre ein frappantes Gegenstück zu gewissen Be-strebungen bei uns. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben eine un-glaubliche Steuererhebung bei uns hinter uns! Mit so viel Unrecht-heit, abschließlicher Ironie. (Lebh. Beifallsrufe rechts und im Zentrum.) In diesem Kampfe den Schutz der Regierung an-zurufen, dazu haben wir nie gedacht. Aber eine nicht geringere Aufmerksamkeitsleistung der Regierung wäre doch wohl wünschenswert

gemein. (Erneute lebhafte, andächtige Zustimmung rechts und im Zentr.) Viele Aufregung wird sich jedenfalls bald legen. Aber auch sonst gibt es viel Stoff zur Beunruhigung. Aufgabe der Regierung wird es sein, die wirtschaftlichen Gebiete auszugleichen, die mittleren Einteilungen. Wir werden sie darin unterstützen, denn das Zentrum ist nicht einseitig agrarisch, sondern unterstützt auch Handel und Industrie und Gewerbe in ihren Interessen. Redner erörtert dann die Nationalitätenkämpfe, tadelt es, daß Beamte in Oberösterreich, Kantonien, gemögert werden wegen ihrer Stimmabgabe bei Kommunalwahlen. Er empfiehlt da das Programm eines weitläufigen Staatsmannes. Bedauerlich seien auch die vielen Verdächtigungen des katholischen Volkstums in Preffe und Verammlungen. Für die Katholiken sei die Staatsbürgerliche Gleichheit nicht erreicht. An irgend einer bedeutenden Stelle müßte offenbar die Maxime herrschen, daß Katholiken in hervorragenden Staatsstellen nicht hinein dürfen. (Baden links, Beifall im Zentr.) Seit Monaten ist das Zentrum verächtlich, nichtsnutzige Postleiste zu nennen. Das ist für ein Zeichen von Mureit. Wir sind zu und hiesigen daß wir sind keine konfessionelle Partei. (Stürm. Beifall rechts und links.) Freilich sind wir stets für die bedrückten Interessen der Katholiken eingetreten, während wir für die nicht bedrückten Interessen an der e Parteien einzutreten keinen Anlaß hatten. Redner streift hierbei den neuen Toleranzenantrag, dessen Eie uns, ihn durchzuführen, dann fällt ein großer Teil unserer Reichsversammler. Deutschland ist der einzige Großstaat, in dem noch solche Beschwerden bestehen. (Gelächter links.) Freilich, das ist wenig Aussicht. In Baden, dem „Mutterstaat“, steht schon ein Grobpol. Wenn dieser etwa sich weiter ausdehnt, dann freilich müßte auch für uns eintreten eine Konzentration nach rechts. (Stürm. Beifall rechts.) Wir lassen uns jedenfalls nicht ausfallen. Wir werden sachlich mitarbeiten. Und wenn man uns, was ist eine große Partei, ausfallen wollte oder die sachlichen politischen Ziele, so wäre das ein Zeichen der Stegnation aller sachlichen Arbeit. (Sehr. Beifall im Zentr.)

Abg. von Nichtshofen (kont.):

Auch meine Freunde sind bereit, mit dem Reichsantrag politisch zu arbeiten, soweit uns das irgend möglich ist. Auf den Etat eingehend, erklärt Redner, daß für die Ausdehnung unseres föderalen Einheitsbundes auf die Konfessionellen zu rechnen sei. Grundsätzlich sei, daß in der Höhe der neuen Zeit, wegen der neuen Steuern, schon eine gewisse Abschmähung, Verhinderung eingetreten sei. Er berufe sich da u. a. auf die Rheinisch-Westfälische Zeitung. (Gelächter links.) Wenn sich erst die neuen Steuern eingelebt haben, werde er recht Verhütung Platz greifen. Etwas mehr zur Auffassung hätte die Regierung allerdings tun können. Habe doch das Zusammenkommen der Finanzreform gerade auch die Regierung nach außen hin gestärkt im Interesse der Wahrung des Friedens und der Würde des Reiches. Auf auswärtige Politik eingehend, meint Redner, unsere wirtschaftlichen Interessen scheinen nicht ganz ausreichend gestützt. In der Wirtschaftspolitik müßten die Grundzüge des Zolltarifs von 1902 festgehalten werden. Zu dem, was der Redner gesagt hat, erklärt er noch: unsere Partei steht selbständig da, wir kümmern uns um andere Parteien nicht. Wir gehen unseren eigenen Weg und nehmen nur unsere Interessen wahr. (Große Heiterkeit.)

Abg. Bolleremann (natl.):

Zur Zeit der Wahlen und in den ersten Monaten des Reichstages herrschte große Begeisterung im Deutschen Reich. Wenn wir heute die Lage übersehen, so müssen wir einmütig feststellen, daß an Stelle der Begeisterung Enttäuschung, zum Teil große Verbitterung getreten ist. (Zustimmung links.) Die Thronrede hat einen nüchternen trockenen Charakter. Sie registrierte nur die vorliegenden Aufgaben, ohne auf den Wandel in der inneren Situation einzugehen. Ich will nicht den Willen streit, der denen den dringlich, in den Reichstag tragen, ich muß aber die Bemerkung zurückweisen, die Herr von Reichsgraf und den anderen Parteien gegen uns erhoben worden sind. Hingeblich sind die Angriffe gegen uns herabgedrückt. Unser gutes Recht ist es da, uns zu wehren. (Sehr. Zustimmung bei den Natl.) Wenn dann einmal wieder in der Erregung schwere Worte fallen, dann muß es heißen, a la guerra comae a la guerra. Wären Sie nach England hinüber, nach einem Ende, das eine lange parlamentarische Vergangenheit hat; dort entsanden sich viel stärkere Kräfte als bei uns, weil alle Schichten infolge der längeren parlamentarischen Gewöhnung erregter werden als in Deutschland. Man hat uns antinationalen Haltung wegen der Ablehnung der Steuererfolge vorgeworfen. Was würden die englischen Lords sagen, die Minorität des englischen Unterhauses, die gleichfalls das Budget ablehnt hat, wenn man ihnen vorwerfen würde, sie seien antinational! Man würde diesen Vorwurf lächerlich finden. Beschäftigen wir uns mit dieser neuen Wahrheit überreden, diese Wahrheit fällen, um ihr den Gefallen zu tun, daß bei ihrer Finanzreform auch eine

liberale Partei ist! (Sehr. Zustimmung links.) Wir hatten auch keine Forderung gemacht, die die wirtschaftliche Forderung voraussetzte, obwohl sie die wirtschaftliche Verbesserung gegeben hätte, daß die Erbschaftsteuer keine Finanzreform zuzulassen kommen würde. (Sehr. Zustimmung links.) Wenn die Herren der Rechten uns vorwerfen, daß wir die Interessen des Vaterlandes nicht im Auge gefaßt hätten, so liegt hier wohl eine Verwechslung vor. (Beifall rechts.) In der Presse finden wir allerlei Rathschläge für uns. Wir sollen uns von den Jungliberalen nicht umgarnen lassen. Andere sagen, wir trügen uns mit der Abtöt. Den Grobpol von Belen bis zu mir zu errichten. (Beifall rechts.) Andere glauben wieder, daß der Evangelische Bund die Hände im Spiel habe. Wer die nationalliberale Fraktion kennt, weiß, aus wie vielen verschiedenen Kreisen des Reiches aus Nord und Süd unsere Abgeordneten kommen. Wir dürfen uns daher nur von rein nüchternen Erwägungen leiten lassen. Wir haben verlangt, daß bei der Finanzreform der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit zum Ausdruck komme. Bei der Reform der neuen Reichsheit ist dieser Gedanke auch zum Schaden des Vaterlandes vergessen worden. Auch der Reichsantrag hat uns in seiner Apoptische Formirung gemocht. Wir hatten keine Veranlassung, auf den von den Konfessionellen und dem Zentrum bereiteten Boden zu treten, weil diese Finanzreform mit ihren ganzen Folgeerscheinungen das Vaterland schwer schädigen müßten. (Beifall links.) Die Vorwürfe gegen unsere Partei sind um so ungerechtfertigter, als wir bis zum Ende des Kampfes an dem Standpunkt festgehalten haben, auf den sich die Regierung in feierlichen Erklärungen selbst festgelegt hatte. (Sehr. Zustimmung links.) Als die Reichsfinanzreform an den Reichstag gebracht wurde, war eine große Opferwilligkeit in allen Kreisen des Volkes vorhanden. Es ist durchaus falsch, wenn man in dieser großen Frage von einem Verlangen des Liberalismus spricht. Auch die Herren, die noch weiter links sitzen, als wir, hatten sich unter der Bedingung der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Freiheit bei der Überlegung durchgerechnet, daß es ohne die Heranziehung des Konlums der breiten Massen des Volkes nicht möglich sei, eine Finanzreform zu machen. Die Vorbereitung aber war eine allgemeine Beiführer. Für eine Delendentsteuer habe ich mich bereits im Dezember 1905 bei einer früheren Finanzreform namens meiner Fraktion ausgesprochen. (Hört! hört! links. Zuruf rechts: Paasche!) Wir sind im Laufe der weiteren Verhandlung auf den Boden einer Reichsreform eingetreten, und haben ausgerechnet, daß bei einer solchen Steuer der Betrag von 150 Millionen aufgebracht werden könnte. Wir fannten die Schwere der Last, die eine Erbschaftsteuer in diesem hohen Maße entgegensteht. Die Reichsreformverfassung gelang aber auch nicht, und so kamen wir zu dem unglücklichen Beiführerkompromiß. Daraus konnte nichts werden, und so traten wir wieder auf den Boden der Delendentsteuer und hielten an ihr fest. Herr von Hertling hat vorher darauf hingewiesen, daß man eine große Partei, wie die Zentrum, auf die Dauer nicht auscheiden konnte. Darin liegt gewiß ein Kern Wahrheit. Es ist schwer, eine Partei zu führen, ohne die Sozialdemokraten ganz links und ohne das Zentrum in der Mitte. So war es auch freilich auch gar nicht gemeint. (Lachen im Zentrum.) Wir haben ja auch schon eine ganze Reihe praktischer Aufgaben mit dem Zentrum gelöst. Freilich v. Hertling hat auf einer Versammlung in München weiter gesagt, die Auflösung des Reichstages im Jahre 1906 sollte dem Liberalismus nur Nachteil verschaffen und die Zustimmung über die Erbschaftsteuer habe Sieg und Niederlage des Liberalismus einschließen. Die Auflösung des Reichstages erfolgte aus einem bestimmten Grunde und hatte mit der Frage, ob der Liberalismus große Erfolge erzielen kann, gar nichts zu tun. Die Abstimmung über die Erbschaftsteuer hat die Zerkleinerung des Blocks und die Beiführung des Reichstages gebracht, der den Block geschaffen hat. Die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes liegen klar zutage und sind ja auch wohl bekannt, was auch die Angehörigen mancher Parteien der Mittel und Wege auf der einen Seite, die Beiführung der Brandtministerbegegnung auf der anderen Seite (Zuruf von den Soz.: Beiführungsmittel!) und zum zweiten die Beiführung der Delendentsteuer. „Im Demmer Tagelicht“ hat ausdrücklich geltend, daß das Zentrum seine Zustimmung bei der Finanzreform von der Ablehnung der Delendentsteuer abhängig gemacht habe. (Hört! hört! links.) Nun haben wir einen neuen Reichsantrag, einen Mann, der mit uns gegen das Zentrum das Vereinigte gemacht hat. (Beifall rechts.) Ich kann es dem Reichsantrag nachfüllen, daß es ihm schwer war, in dieser verworrenen Zeit hier ein klares politisches Programm zu bieten. Ich meine aber doch, daß etwas mehr hätte gesagt werden können. (Sehr richtig! links.)

Nur ein kurzes Wort über die Haltung unserer Fraktion zur Wahl des neuen Reichspräsidenten. Das Präsidium des Jahres 1907 war ein ausgesprochen politisches Präsidium. Durch das Zu-

ammensinken von Konfessionellen und Liberalen wurde damals das Zentrum ausgeschaltet. Diesmal trennen uns vom Zentrum und den Konfessionellen die schärfsten Kampfe. Wir sind nach reiflicher Überlegung zu der Überzeugung gekommen, daß es um Reichsänderungen führen würde, wenn wir mit der neuen Mehrheit eine Vereinbarung treffen würden. Nicht ab irato, denn dazu hätten wir keine Veranlassung, sind wir zu unserer Haltung gekommen, indem wir es für viel besser hielten, die neue politische Situation klar zum Ausdruck zu bringen. Der Reichsantrag hat die Beiführung geäußert, daß über dem Rechen im Lande, über Nationalismus und Reaktion in diesem Hause nicht Wort zu setzen braucht, daß wir uns auf den verschiedensten Gebieten zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden können, diese Hoffnung habe ich allerdings. Wir werden uns nicht in den Schmalzweilen stellen, haben es nicht getan, und wenn der Sieg des Reichstages uns treffen sollte, so war es ein Auftrieb. (Sehr richtig! bei den Natl.) Wichtigste Arbeit auf juristischem Gebiete stellt bevor. Ein neuer Mann steht an der Spitze des Reichsjustizrats. Wenn gegeben wird der Verdienste des früheren Reichsjustizrats Dr. Rieder, und auch die Nation wird nicht verfehlen, was mit dem Namen dieses hochverdienten Mannes verknüpft ist: eine Periode der Reformen im deutschen Recht und die Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Die Thronrede kündigt nicht die Beiführung der Erbschaftsteuer an. Sollte diese nicht kommen, so würde sich der weiteren Schritte schwerer Enttäuschung bemächtigen.

Ich kann nicht die Hoffnung teilen, daß wir in absehbarer Zeit keine neue Steuerreform zu erwarten haben. (Zustimmung links.) Der Redner erörtert nunmehr Fragen der auswärtigen Politik. Das Programm der Thronrede findet auch unsere Zustimmung, auch wir hoffen, daß unsere Beziehungen zu England besser und wärmer werden. Wir begrüßen es auch, daß in England eine bessere Beurteilung der deutschen Nationalpolitik eingetreten ist. Ueber die Kongofrage würden wir gern eine Auskunft vom Staatssekretär erhalten, wie auch über die Frage der Kongoregulierung. Im neuen Etat befindet sich unter anderem auch eine Forderung für eine Reparationsaktion des Auswärtigen Amtes. Es wird sich erheben, ob Parlament hier nicht am falschen Platze wäre. Es wäre wohl zweckmäßig, für die politische Abteilung zwei Direktoren zu bestellen. Die Marokko-Angelegenheit hat dem deutschen Volk schwere Sorgen bereitet; in weiten Kreisen des deutschen Volkes besteht der dringende Wunsch, daß sie nicht zu einer dauernden Spannung zwischen Deutschland und Frankreich führen möge. (Sehr richtig! bei den Natl.) Ich kann nur dringend verlangen, daß nachdem wir Frankreich weitgehende Konzessionen gemacht haben, ein energisches Eintreten für die deutschen Interessen erfolgen möge. Das gilt auch in der Mannesmann-Angelegenheit. Den Ausschluß des Herrn v. Hertling über den Dreieckbund kann ich mich wie in früheren Jahren auch diesmal anschließen. Dagegen bin ich hinsichtlich der Zulassung in Kongo nicht in allen Teilen seiner Auffassung. Die Art und Weise der Zulassung und die Mitteilungen über die dort festgestellten Schutzzonen haben große Befürchtung bei uns hervorgerufen. Wir sind der Meinung, daß es neue Prüfungen an dem Dreieckbund nicht nur für Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sondern auch für Italien von großer Bedeutung ist und das Interesse auch Italiens zu fördern vermag. (Sehr richtig! bei den Natl.) Der deutsche Vorkämpfer in Washington Graf Bernstorff hat in einer Rede dargelegt, daß unsere Flotte nur ein Friedensinstrument sei, und daß die deutsche Flottepolitik nur konventioneller Natur ohne territoriale Ziele sei. Es ist gewiß dementsprechend, wenn angesichts der vielfachen internationalen Verbindlichkeiten unserer Politik die Auslandspresse aufgeklärt wird. Wir bedauern aber, daß der Vorkämpfer in dieser Rede über einen Teil unserer Flottenpasse die, wie er weilt, nicht jedermanns Geschmack in diesem Sinne sind, von denen ich aber nicht sagen möchte, auch wenn man der Ansicht ist, daß sie ab und zu im Uebermaß gute Gefühle über's Ziel hinauschießen, daß sie jedenfalls gute deutsche Patrioten sind. (Sehr richtig!) — daß unser eigener Vorkämpfer im Auslande über diese eine abfällige Kritik geht hat. (Zustimmung.) Ueber das Marokko-Programm im Hinblick auf kommende Diktatorien. Durch die Ausgrenzung des Staatssekretärs von Tilly, daß er wie alle Offiziere auf der Grundlage des Hottentottenheißes, wird wieder Sicherheit in manchen Kreisen geschaffen sein. In der Thronrede wird der Kolonialpolitik ein verhältnismäßig breiter Raum gewidmet. Ich fasse das so auf, daß man damit darauf hinweisen will, daß unsere Kolonialpolitik an einem günstigen Wendepunkt angekommen ist. Trotz der starken Depression auf dem ganzen Weltmarkt sind die Einnahmen in unseren einzelnen Schutzgebieten zum Teil recht wesentlich gestiegen. Die Ausgaben werden zum Teil schon durch die Einnahmen gedeckt. So z. B. der Nachtragsetzt für Südwestafrika in Höhe von 4 Mill. Mark. Die Gefahr, die unseren Kolonien durch die Ausbreitung der Schlafkrankheit droht, scheint aber

Feuilleton.

Unterhaltungsblatt. Im Etre und Recht. Roman von O. Eller. (Fort.) — Schild. Von Clara Alepp-Stüb. (Schluß) — Kunst und Wissenschaft. — Theater und Musik. — Literatur. — Der Wüßertisch.

Hermann v. Kaulbach †

München, 9. Dez. Heute früh 142 Uhr ist der Künstlermeister Hermann Kaulbach an einer Gehirnhautentzündung gestorben. Die Vater, namens Kaulbach, sind mit goldenen Letzten in die Reihen der deutschen Kunstgeschichte eingetragenen. Sein Werk ist der Ruhm Wilhelm von Kaulbachs, des Meisters der großen baltischen Wand- und Deckengemälde in Palästen und Galerien. Groß ist der Ruhm der beiden Porträtfürst Friedrich Kaulbachs, Vater und Sohn, von denen der Letztere heute noch zu den besten Kräften der Münchener „Jugend“ zählt. Der vierte in der Reihe, Hermann Kaulbach, der Sohn des ersten und ältesten, Wilhelm von Kaulbach, ist nun vorzeitig Radt plötzlich verstorben. Er hat nur ein Alter von 63 Jahren erreicht. In München 1846 geboren, wo sein Vater auf der Höhe seiner Kraft schaffte, ward Hermann Kaulbach ein eifriger Schüler Karl von Pilotas. Mit 23 Jahren schuf er ein Werk „Ludwig XI. im Gefängnis zu Turin“, das augenblicklich die Aufmerksamkeit der Kunstliebenden auf den jungen Kaulbach lenkte, ebenso die „Kinberbeichte“ (1871). Und nun entstanden in späterer Folge eine Reihe von Bildern, die heute in den ersten Galerien des Landes hängen und die den Namen des jungen Meisters rasch berühmt machten. Hans und Gretel bei der Hexe“ bewährte die Kunst Kaulbachs im Kinderbildnis, die seine „Kinberbeichte“ schon hatte abnen lassen. Das Werk zeigt heute die südliche Galerie in Reg.

Das Schauspielers-Parlament.

Generalversammlung der deutschen Bühnen-Gesellschaft. Ss. Berlin, 8. Dezember.

Im Künstlerhaus in der Velschowstraße trat heute vormittag unter ungemein zahlreicher Beteiligung von Bühnenkünstlern und -künstlerinnen die diesjährige Generalversammlung der deutschen Bühnen-Gesellschaft zusammen, die die Organisation der Arbeitnehmer im Theatergewerbe darstellt. Das Schauspielers-Parlament hat in den letzten Jahren eine hohe Bedeutung für den Schauspielstand und damit auch für die breite Öffentlichkeit gewonnen durch seinen Kampf um die Anerkennung seiner Organisation gegenüber der Organisation der Unternehmer im Theatergewerbe, dem deutschen Bühnen-Verein, der die Direktoren fünf sämtlicher deutscher Bühnen zu seinen Mitgliedern zählt. Die Kämpfe mit dieser wirtschaftlich außerordentlich günstig gestellten und selbständigen Organisation haben besonders dadurch als allgemeine Interesse auf sich gezogen, als es der Bühnen-Gesellschaft gelungen ist, das Bühnen-Schiedsgericht mit seinen veralteten Bestimmungen hinwegzujagen und die Berufstätigkeiten der Schauspieler damit den ordentlichen Gerichten zu unterstellen.

Im Mittelpunkt der Beratungen steht die von der Gesellschaft am Wunsch des Staatssekretärs des Innern ausgearbeitete Denkschrift zu einem Reichstageserzeug.

Es fehlt diesmal Hofrat Barnag, der Leiter der königlichen Hofkapelle in Hannover, der der Gesellschaft auf dem letzten Verbandsstag den Rücken geloch hat, dagegen steht man mehrere Berliner Hofkapellmeister, trotzdem sie dem Hilfsverein unterworfen sind. Der Präsident der Bühnengesellschaft, Hermann Nissen, eröffnete die Sitzung mit folgenden Ausführungen: Unsere diesjährige Tagung steht im Zeichen Schillers und wenn Schillers 150. Geburtstag vom ganzen deutschen Volke in Verehrung und Bewunderung für den großen Genies festlich begangen wurde,

nicht vollständig erkannt zu werden. Gemeinsames Vorgehen aller Parteien ist hier notwendig. Wichtige Forderungen werden wieder in dem Reichstagesrat gestellt. Meine politischen Freunde waren nicht ohne eine gezielte Vertretung, Bahnbauten vor allen Dingen, zu erwarten ist. (Staatssekretär De nburg: Sehr richtig!) Wir freuen uns, daß der Staatssekretär dieser Aufgabe der Kolonialpolitik die größte Aufmerksamkeit widmet, und daß ihm da auch schon manchen gelungen ist. Das ist dem Staatssekretär durch die ihm zufließenden Interessen zu sichern und dem anderen großen Entschlossenheit zuzuführen, begrüßen wir dankbar. Der Reichstag geht in Bezug auf die innere Politik das Zentrum als eine nicht konfessionelle Partei hingestellt. Dieser Auffassung können wir nicht beitreten. Es ist ja wohl aus tatsächlichen Gründen können wir besser für das Zentrum, die Behauptung aufzustellen, daß das Zentrum keine konfessionelle, sondern eine politische Partei ist. Wir glauben, wenn man die Verhandlungen, die Keden und Vorzüge kennt, die am Rhein gehalten worden sind, wird man doch den Gedanken nicht los werden können, daß das Zentrum in der Tat eine konfessionelle Partei ist. Man träumt annehmend im Zentrum von neuen politischen Erfolgen. Am 24. November auf einer Versammlung deutscher Katholiken in Weipreuzen in Aussicht genommen worden, die Katholiken gegen die Sozialdemokratie vorgehen. Wie verträglich es sich damit, wenn man dem Zentrum viele deutsche Wahlkreise durch Unterdrückung der Wahlen entzogen werden; das kann doch auch den Konfessionellen nicht ungenug sein. Von Tag zu Tag wird der starke Voranschritt der Sozialdemokratie hervorgerufen. Bei den Wahlkämpfen in weiten Kreisen unseres Volkes und bei der Verteilung, die in den Wahlkreisen vorhanden ist, in die unsere Presse noch nicht einmal hinein kommt (Lachen rechts), ist dieser Voranschritt erklärlich. Mit der Wollpolitik in Baden bin ich mit vielen meiner politischen Freunde allerdings nicht einverstanden. Wenn aber heute das Zentrum sich über diese Wollpolitik erregt, so muß man sagen: wer Wind füt, wird Sturm ernten. (Sehr richtig!) Wie hat nicht der Herrar Wader in Baden den Vernichtungslampf gegen den Nationalliberalismus geführt! Was den Vorschlag des Zusammenschlusses mit der Sozialdemokratie angeht, so erinnere ich mich, wenn die Vorgänge bei der Wahl in Landau, mit verloren diesen Kreis, wie das Zentrum für die Sozialdemokratie stimmte. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Herr Singer ruft: Das war sehr vernünftig! Es sollen große Aufgaben gestellt werden, um eine Einigung der bürgerlichen Parteien herbeizuführen. Eine solche Aufgabe liegt in der preussischen Wahlrechtsfrage. (Lebhaftes Zustimmung links), deren Lösung nicht nur den preussischen, sondern auch dem deutschen Mittelstand gefordert wird, weil man die preussische Wahlreform mit der Erbschaftsteuer in Zusammenhang gebracht hat. Wir fordern das geübte Wahlrecht für Preußen, einmal um die Überwindung bei der Wahl aus der Welt zu schaffen, und dann, um den sozialdemokratischen Terrorismus unmöglich zu machen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Eine weitere große Aufgabe der bürgerlichen Parteien wird in der Schließung unserer Reichskasse zu liegen, und auch hier hat Preußen die Führung in Deutschland als größter Bundesstaat zu übernehmen. Wir sind nicht der Meinung, daß schon heute die Zeit gekommen ist, um mit neuen Steuerentwürfen an den Reichstag heranzutreten. Aber das eine muß schon jetzt festgestellt werden, daß das Reich es verhindern muß, daß die Einzelstaaten die Deszendenzsteuer für sich reformieren. Mit Konsumsteuer allein, das wissen auch die Herren Konfessionellen sehr gut, können wir nicht durchkommen. Das Objekt der direkten Besteuerung muß geändert werden und das wird dann mit Naturunwendigkeit eine Reichssteuer sein. Von der allgemeinen Besteuerung, die bei den Neuauflagen stattfinden wird, trennen uns noch zwei Jahre. Aber das kann man schon heute sagen: ein Resultat hat die Wollpolitik jedenfalls gehabt, das nämlich, daß die liberalen Parteien untereinander näher gebracht worden sind. Dieser Resultat ist aus allgemein politischen Gründen mit Freude zu begrüßen. Zwischen den Nationalliberalen und den Freikämmlern besteht natürlich noch ein großer Unterschied, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet. Wir hatten früher viele Freikämmler in unserer Partei, heute stehen wir alle auf dem Standpunkt, daß die nationale Arbeit geschützt werden muß, und in allen kommenden Vorlagen werden wir uns von diesem Grundsatze nicht abbringen lassen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Was den starken Angriffen, den der Liberalismus ausgesetzt war, hat sich für uns die Mahnung ergeben, daß wir gewisse tatsächliche Einigungen antreiben müssen, auch in den bevorstehenden Wahlkämpfen, weil sonst die Gefahr entsteht, daß wir von rechts und links hart bedrängt werden. Alle, die in dem Inschmelzen der Sozialdemokratie eine gewisse Gefahr für die Monarchie erblicken, müßten darauf achten, daß eine solche Finanzreform nicht mehr zur Vermählung kommt, weil sie ein weiteres Inschmelzen der Sozialdemokratie hervorruft. Es darf keine Situation entstehen, die nur den Sozialdemokraten Freude machen könnte oder denen, die als frivole Bankanleihe-Spieler auf einen Staatsreicht spekulieren. (Lebhaftes Beifall links).

so haben wir Schauspieler vor allem Veranlassung daran zu gewinnen, denn uns ist Schiller alles, ohne Schiller keine Schauspieler. Aber auch in ethischer Beziehung ist er uns ein Vorbild. Wir sollen von ihm das Ringen nach Gedankentiefe, das Streben nach dem Recht der Selbstbestimmung lernen. Und diesem unserem Willen haben wir in der Verankerung im Wortjahre durch die Ablehnung des vorberühmten Bühnenvortrages Ausdruck verliehen. (Lebhaftes Beifall.) Aber auch die Mahnung: Sei einzig, einzig, einzig! läßt uns Schiller zurufen und einzig wollen wir auch sein. (Zustimmung.) Vor allem die Zeit nach den traurigen Kämpfen der letztjährigen Tagung, die etwas turbulenter Art, in der unser langjähriger Präsident Dr. Pohl aus seinem Amte schied, war für uns tief bedauerlich. Er konnte sich nicht mehr halten, nachdem er sich nicht mehr mit der Majorität der Bühnengenossenschaft in Vereinbarung befand, und sein Sturz wurde veranlaßt durch eine unvorsichtige Bemerkung, die er selbst hervorgerufen hat. Demgegenüber ist, und neben ihm auf seinen ausgegliederten Kollegen. Und wenn sie, die tollend beiseite stehen, wieder der Bühnengenossenschaft sich zuwenden wollen, so sollen sie uns herzlich willkommen sein. (Lebhaftes Bravo.)

Was der Tagesordnung der Versammlung stehen zunächst die Beratungen über die

Benhonansicht.

Der Berichterstatter, Intendant am Lustspieltheater Köhler, kontrahiert mit Verlobung, daß das Vermögen der Kasse über 20 Millionen beträgt. Es entspringt sich zunächst eine Debatte über den Begriff des „freiwilligen Aufgebens der Bühnengemeinschaft.“ Die dazu notwendige Einsetzung des Spiels soll vom 2. auf 3 Jahre verlängert werden. Die Delegiertenversammlung erklärt sich damit einverstanden. Der Berichtende gibt folgende Erklärung ab: In der heutigen Ausgabe eines Zeitungsblattes findet sich im Bericht über die gestrigen Verhandlungen eine Stelle, daß die Meinungen über die Behand-

Wir verlangen eine Politik der Gleichberechtigung, die jede Bevorzugung ausschließt und überall den Tätigsten an den richtigen Platz stellt. (Beifall links.) Das sind die Grundzüge, die sich ergeben aus der inneren Lage eines Volkes, das auf die allgemeine Wehrpflicht stolz ist. Ich glaube, daß wir aus den Folgen dieser Reichsfinanzreform lernen werden, ich glaube, daß das auch die Parteien tun werden, die für diese Finanzreform verantwortlich sind, und die Regierung, die wegen einer momentanen Finanzergänzung diese Finanzreform angenommen hat. Wenn diese Reform der finanziellen Verhältnisse der Reichsfinanzpolitik beherrschend werden, wenn der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit der maßgebend wird, wenn die Lehre aus der Finanzreform gezogen wird, dann werden wir aus dieser trüben Zeit einer glücklicheren Zukunft in unserem Vaterlande entgegen sehen können. (Lebhaftes Beifall links.)

Weiterberatung: Freitag 1 Uhr.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Der Stand der preussischen Wahlreform.

Eine Berliner Korrespondenz erklärte auf Grund zuverlässiger Informationen versichern zu können, daß die Regierung alle Vorkehrungen getroffen habe, um dem Landtage möglichst bald, der Zulage der Thronrede entsprechend, die Vorlage zur Reform des preussischen Wahlrechts unterbreiten zu können. Die Beschaffung des der Reform zugrunde zu legenden statistischen Materials habe allerdings eine Umformung von Arbeit erfordert, die nicht abgelehnt wäre, wenn man einfach das Reichswahlrecht auf Preußen hätte übertragen wollen. Einer solchen Übertragung ließe die Regierung auch keineswegs ablehnend gegenüber, wie gemeinhin angenommen wird, denn einen überwiegenden sozialdemokratischen Einfluß brauche die Regierung nicht zu fürchten, da in Preußen das Zweikammer-System bestehe und neben den Kammermitgliedern auch ein gewähltes Volk bestünde. „Auf der anderen Seite ist aber“, so heißt es in der Korrespondenz, „nicht zu verkennen, daß bei dem augenblicklichen Mehrheitsverhältnis im Abgeordnetenhaus, wie auch bei der Zusammenfassung des Herrenhauses, an eine Übertragung des Reichswahlrechts auf Preußen heute nicht zu denken ist. Diese Möglichkeit hat also für die Regierung bei ihren Vorarbeiten außer Betracht zu bleiben. Ihre Unternehmungen müßten daher einen anderen Weg nehmen, um das preussische Wahlrecht zu modernisieren. Zu dem Zweck sind an die unteren Instanzen eine Reihe von Fragenbogen versandt worden, die inzwischen zurückgenommen worden sind. So kann sich das Ministerium noch im Laufe des Dezembers mit der Materie befassen und es ist bestimmt zu erwarten, daß dieselbe noch vor, zum mindesten aber gleichzeitig mit dem Zusammentritt des preussischen Landtages, Mitte Januar, das Ergebnis der Vorarbeiten der Deffektivität mitgeteilt werden kann. Zu welchen praktischen Vorschlägen sich diese Arbeiten verdichten werden, ist zurzeit noch nicht zu übersehen. Allerdings erscheint es zweifelhaft, ob gerade das sächsische Wahlrecht zur Nachahmung reizt.“

Politische Aufgaben.

Maximilian Harden hielt kürzlich in Berlin einen Vortrag, zu dem sich ein zahlreiches Publikum eingefunden hatte, das den geistvollen Ausführungen des Redners mit großer Aufmerksamkeit folgte. Harden hatte sich das Thema: „Politische Aufgaben“ gestellt und entwickelte nun seine Ideen über die Zukunft des Reiches und über die Qualitäten des neuen Reichstanzlers. Ausgehend von dem Gedanken der veränderten preussischen Wahlreform erlosch er die Mahnung, um politischen Habitus abzugeben in einer Zeit, die andere und wichtigere Forderungen stellt. Er erkläre die politischen Aufgaben für die nächste Zukunft in einer Zusammenfassung aller nationalen Kräfte, zu der jeder einzelne mitzuwirken berufen sei, um Reich und Regierung in den Stand zu setzen, politische Zumutungen von außen abzuwehren.

Die Gefahr eines nahen Angriffs steht er von England her drohen, da England vor dem Bankrott seiner Dreadnoughtpolitik angelangt ist und sich von einer Torpedoregierung ein um so schnelleres und einschneidendes Ausweichen der poli-

lung des Jalles Zidel im Reichshofbureau auseinanderging. Ich stelle fest, daß ein Mitglied des Lustspielhauses über die Angelegenheit Auskunft geben wollte und daß diese ihm bereitwillig erteilt worden ist, so daß die Angelegenheit durch das Reichshofbureau vollkommen korrekt erledigt worden ist. Hieran kommt es zu einer längeren Debatte über den Antrag Straßburg: „Der Ausschuss aus der Genossenschaft kann erlangen, wenn ein Mitglied in Rührerstellung seiner Pflicht nicht weigert, dem Ortsratung seiner Bühne beizutreten und auf der Zweigleitung trotz mehrfacher Aufforderung verharret.“ Direktor Nischner erwidert, daß die Genossenschaft kein Mittel habe, unbotmäßige Mitglieder zum Eintritt in den Vokalverband zu zwingen. Der Antrag wird zurückgegeben. Für die Verlegung des Termins der alljährlichen Vertreterversammlung in die Karwoche spricht Klein-Rhodens vom Kleinen Theater. Er verweist darauf, daß die Angehörigen kleinerer Bühnen sich zu dieser Zeit eher freimachen könnten. Die Kleinen Theater besitzen die Majorität aller Bühnengenossenden und hätten deshalb ein Recht darauf, auch hier gebührend vertreten zu sein. Der Vorsitzende stellt an Hand der Präzedenzfälle fest, daß im Gegenstand von den Ausführungen Klein-Rhodens die Majorität der Bühnengenossenden hier vertreten ist. Stanz vom Reibend-Theater Berlin: Es kommt nicht darauf an, daß möglichst viele Bühnengenossenden hier vertreten sind, sondern daß die einzelnen Gruppen unter uns Schauspielern hier gebührende Vertretung finden. Ich preise auf die Majorität, wenn sie nicht gerecht ist. Die Verlegung des Termins auf die Karwoche scheitert an technischen Schwierigkeiten. Klein-Rhodens beantragt darauf namentliche Zustimmung. Eine derart wichtige Frage mußte mit dem vollen Namen gedeckt werden. Der Antrag auf namentliche Zustimmung wird abgelehnt, desgleichen der Antrag auf Verlegung des Termins in die Karwoche. Sodann werden die Verhandlungen auf morgen vertagt.

stischen Eintreibung Deutschlands erwarten lasse. In diesem Sinne unterließ er die Bedeutung des englischen Verfassungskonfliktes für Deutschland, das demgegenüber auf keinen zuverlässigen Freund rechnen könne. Selbst schon hieran die Frage, weshalb Deutschland keinen Freund habe, trotz seines beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwunges und seiner ökonomischen Zuverlässigkeit. Eine Macht habe sich das deutsche Volk geschaffen, die für eine verständige und vor allem mutige Regierung sich nach außen durchsetzen könne. Einen mutigen Reichstanzler bezeichnet er als das dringendste politische Erfordernis für Deutschland.

Parteinachrichten.

Sozialdemokratie und Straßendemonstrationen. Die sechs sozialdemokratischen Verbände in Berlin haben am Mittwoch ihre Generalversammlungen abgehalten. In allen wurde die Frage der Straßendemonstration als Mittel zur Eroberung des Reichswahlrechts für die preussischen Landtagswahlen erörtert. Bemerkenswert ist nur, was der Abg. Heine im dritten Wahlkreis ausführte. Er sagte, nach dem Bericht des „Vorwärts“ u. a.:

„Dass man in der Wahlrechtsbewegung auf einen toten Punkt gelangt wäre, ist eine falsche Annahme. Zu Vorhubs Zeiten fielen zwar Mann an unter dem Schilde der Sozialisten, heute aber nicht mehr. Das man eine Straßendemonstration pünktlich abbrechen lasse, ist leicht gesagt, aber nicht so leicht durchgeführt. Gerade deswegen sei Vorhubs am Plage, weil man sonst die Verantwortung für Dinge übernehme, die wir nicht wollten. Das sollte gelte vom Streit.“

Ein bayerischer Großhändler der Binken. In einer Versammlung der Nationalliberalen und Jungliberalen in Kandel ergriff der Kirchenrat Cron eis, ein alter Veteran der preussischen nationalliberalen Partei, das Wort, um für eine Vertiefung mit der Sozialdemokratie einzutreten. Nur dadurch könne die liberale Herrschaft in Bayern geborgen werden.

Für die Landtagswahlwahl in Guben = Sorau = Post haben die Nationalliberalen für den verstorbenen Kommerzienrat König-Guben den Fabrikbesitzer und Stadtrat Oswald Schmidt = Post als Kandidaten aufgestellt. Die Freisinnigen halten an den mit den Nationalliberalen bei der Hauptwahl abgeschlossenen Kompromiß fest. Die Konservativen haben den früheren Landtagsabgeordneten Rittergutsbesitzer Schö n = Bretan als Kandidaten in Aussicht genommen.

Austritt aus dem konservativen Verein. Im konservativen Verein zu Blankenburg a. S. verlor der Vorsitzende des Reichswahlvereins, Oberst a. D. v. Müller, eine Erklärung, wodurch er seinen Austritt aus dem konservativen Verein kundgab. Er begründete diesen Austritt damit, daß ihm die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei in seiner Eigenschaft als Vorhubs des Reichswahlvereins nicht korrekt erscheine, und zudem sei er in religiösen Fragen, sowie wegen der Freundschaft der Konservativen mit dem Zentrum und wegen ihres Verhaltens in der Frage der Reichsfinanzreform anderer Meinung, als die konservative Partei.

Kleine politische Nachrichten.

Das internationale Komitee zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat jetzt Landesaktionen in Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Holland, Ungarn, Italien, Norwegen und Schweden werden folgen, ebenso die Vereinigten Staaten und Kanada. Weiter sind Bemühungen im Gange, auch Australien, Argentinien und andere Länder heranzuziehen.

Freie Artwohl.

Auf freisinnigen Antrag ist in Aitena für die städtische Gemeindefunkenteile die freie Artwohl eingeführt worden. Es steht zu erwarten, daß sich dafür auch die größten Werke in Aitena und Umgegend, die eigene Kassen haben, entscheiden werden.

Ausland.

Das Befinden der Zarin.

(Ein offizielles Bulletin.)

Ueber den Gesundheitszustand der Zarin liegt ein offizielles Petersburger Bulletin vor. Die Meldung lautet: Petersburg, 9. Dez. Der Korrespondent der Petersburger Telegraphenagentur telegraphiert aus P i a d a t a: „Die im Auslande verbreiteten Gerüchte über eine angebliche Erkrankung der Kaiserin Alexandra Fedorowna sind vollständig unbegründet. Die Kaiserin macht täglich Ausfahrten und Spaziergänge.“

Dieser amtlichen Erklärung stehen insofern neue Mitteilungen von angesehenen unterirdischer Seite gegenüber, die in Wien verbreitet waren. Nach Mitteilung einer dortigen Persönlichkeit, die dem Leibarzt der Zarin nahesteht, haben die behandelnden Ärzte konstatiert, daß kein organisches Leiden bei der Zarin vorhanden und der Eintritt einer Katastrophe keineswegs zu befürchten ist. Die Zarin leidet an hochgradiger Nervosität und hysterischen Anfällen, die gerade in letzter Zeit etwas häufiger auftreten.

Der Prozeß Friedjung.

Der Prozeß gegen Dr. Friedjung hat gestern unter leibhaftig Teilnahme der politischen Welt begonnen. Fünfzig Vertreter auswärtiger Blätter sind zu dem Prozeß eingetroffen. In Kroatien ist die Aufregung sehr groß, und wenn sich die Anschuldigungen Friedjungs als wahr erweisen, wird der Prozeß in Kroatien große politische Wirkung haben.

Kleine Tagesnachrichten.

Deutschrussische Konturen in Afghanistan. Die Nachricht, daß türkische Offiziere die afghanische Armee reorganisieren sollen, verursacht in Konstantinopel freudige Genugtuung. Der Emir Habibullah wollte ursprünglich deutsche Offiziere berufen; die Ereignisse in der Türkei bewegen ihn jedoch zu einer Sinnesänderung. Dagegen will der Emir Habibullah Kanonen, Waffen und Munition nur aus Deutschland beziehen.

Der belgische Thronfolger
ist aus Bad Kreuzhof, wo er erst seit wenigen Tagen mit seiner Gemahlin weilte, heimbekehrt worden, woraus geschlossen wird, daß das Leben des Königs Leopolds doch eine bedenkliche Wendung nimmt.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 10. Dezember.

Das amtliche Resultat der Stadtverordnetenwahl.
Gestern nachmittag fand im Rathaus eine Ausschussung zur Feststellung des Wahlergebnisses statt, wobei Herr Stadtrat Frenzel den Vorsitz führte. Das Ergebnis ist folgendes: Es wurden abgegeben insgesamt 12 394 Stimmen. Davon erhielten:

auf 6 Jahre:

Bürgerliste:
Vorherr 6655, Heyne 6638, Dr. Steinbrück 6645, Sommer 6642, Brauer 6629, Pfeiffers 6629 Stimmen.

Sozialdemokraten:

Albrecht 5715, Gildenberg 5711, Kretschmann 5707, Koch 5700, Gröbel 5692, Kochanski 5687 Stimmen.

auf 2 Jahre:

Renner 6634, Haase 5634 Stimmen.
Gewählt sind also sämtliche bürgerliche Kandidaten.

Weihnachtskänge im Stadt-Theater.

Die Poësie des „Nebenbrüdermärchens“ — wohl eines der liebsten Gedichtchen der kleinen Leute — ist von der Direktion unseres Stadt-Theaters in ein festliches Festgewand gekleidet worden. Das beste unterer Weihnachtsbaum! In der bühnenreifen Bearbeitung fand das Stück gestern auf der hiesigen Bühne, wo es seit der Spielzeit 1901/02 nicht mehr in Szene gegangen war, eine sehr herzliche Aufnahme. Herr Hofrat Richards, der die ausladenden Kostüme und Dekorationen in den letzten Tagen selbst geleitet hatte, zeigte sehr prächtige Bühnenbilder, die von der „Schlaf-Prophelei“ glänzend gefürnt wurden. — Man amüsierte sich in den drei Stunden aufs angenehmste und wurde wieder jung, wenn das herzliche, fröhliche Lachen und Jauchzen der kleinen und großen Kinder im Theater erklang. (Heute abend mehr!)

W. G.

Die Fleischer gegen die Fleischsteuer.

Die Berliner Fleischervereinigung beschloß in der letzten Monatsversammlung einstimmig, an den Freitag eine Denkschrift in Sachen der Fleischsteuer abzugeben.

In dieser wird erklärt, daß die deutsche Landwirtschaft nicht mehr in der Lage sei, die Viehwirtschaft ausreichend mit Fleisch zu versorgen. Zur Beseitigung des fortwährenden Mangels an gutem Fleisch wird in der Denkschrift die Öffnung der Grenzen gefordert.

Der Kronorden vierter Klasse wurde Herrn Eisenbahndirektor A. D. Richard Müller hier verliehen.

Der Zweigverein des Bundes Deutscher Militäranwärter hält am 11. d. M. abends 8 1/2 Uhr im Schulthei-Restaurant, Poststraße 51, eine Hauptversammlung ab. Wichtigster Punkt der Tagesordnung: Neuwahl des ersten Vorsitzenden.

Stadtmillion. „Die Veranschlagung aller Weihnachtskänge“, lautet das Thema, über das am nächsten Sonntag Herr Pastor Bühner im großen Saale des Stadtmillionshauses, Weidenplan 4, sprechen wird.

Hus dem Leserkreise.

(Für die Redaktionskassen unter dieser Überschrift übernimmt die Redaktion keine Verantwortung; für die Richtigkeit der Angaben in vollem Umfange der Redaktion verantwortlich.)

Schuhmacher-Fachschule.

Wenn man eine Partie nach dem idyllisch gelegenen „Zollhaus“ bei Schloß Biebertal unternimmt, so geht man zu Fuß von Klossen im tiefliegenden Muldenland entlang oder man benützt die Kleinbahn bis Station „Beim Mühle“ und wandert an der Wälder weiter bis zum Ziele, dem „Zollhaus“. Auf dem Rückwege berührt man dann gewöhnlich das kleine Schuhmacher-Fachschule, welches von Verherr etwas abgelegen, auf der Niedererogebirgshöhe liegt.

Erst jetzt nahezu 15 Jahren kann man bald sagen, nicht nur in Sachsen, sondern im ganzen Deutschen Reich bekannt geworden durch seine vom Herrn Schuldirektor Röber ins Leben gerufene Schuhmacher-Fachschule.

An den Schuhmacher-Vorbereitungsklassen und wo irgend davon die Rede gewesen ist, hat man von verschiedenen Seiten versucht, Siebenlehn als einen ungeeigneten Platz für die Schuhmacher-Fachschule zu bezeichnen. Wie sich diese aber bei den Herren Kollegen Bahn bröckeln konnte, ist dem Schreiber dieser Zeilen nicht recht klar. Nimmt man die „Gewerbeschau“ zur Hand, so liest man im Anzeigenteil Bekanntmachungen der verschiedenen Berufsverbände, so z. B. der Wälder in Limbach, der Klempner in Aue, der Müller in Dippoldiswalde, der Schlosser in Roswein, der Drechsler in Leipzig, der Tischler in Detmold; fast alle sind außer Leipzig kleine Städte, warum soll nun Siebenlehn als kleine Stadt nicht geeignet sein, eine Schuhmacher-Fachschule zu besitzen? Gerade für die meisten wenig bemittelten jungen Schuhmacher halte ich die Kleinheit am geeignetsten, und wenn es dahin kommen könnte, daß die jungen Leute 3-4 Semester die Fachschule besuchen, wie in anderen Fachschulen, so würden auch die Leistungen der abgehenden Schüler besser sein können, denn in einem halbjährigen Kursum läßt sich nicht viel erreichen und der Abgehende ist nur einigermaßen von den vorerwähnten Arbeiten unterrichtet, zu einer ersten Kraft in Schülern, Zuschneidern und Steppen mit der nötigen Kenntnis der Buchführung muß sich der einzelne erst emporarbeiten durch die Praxis.

Das hat wohl auch die Königl. Sächs. Regierung und das Kultusministerium erkannt und durch ihre beneidenden Zuwendungen, zumal zum Bau eines eigenen Fachschulgebäudes, bewiesen, daß sie die Sache in richtigen Wege willen, daß sie die Bemühungen des Schuldirektors Röber anerkennen, denn nur dem tüchtigsten, schärfsten Streben dieses Herrn ist es zu danken, daß eine Schuhmacher-Fachschule besteht, welche eben so Daseinsberechtigung hat wie jede andere Handwerker-Schule.

Die Schuhmacher-Fachschule selbst, ein großes monumentales Gebäude, aber jedenfalls mit praktischen Einrichtungen, ist vollendet, wird voraussichtlich nächste Oetern bei Beginn eines

neuen Schuljahres bezogen und eingeweiht werden. Seit dem Beginn der Fachschule 1896 ist die Anzahl in Lehrstühlen untergebracht gewesen. Ich hoffe, daß aus den vielfachen Wünschen noch Freunde der Fachschule werden und daß auch unter bewährter Leitung die Schule sich mehr und mehr entwickeln möge, zum Segen des gesamten Schuhmacherhandwerks. J. J.

Standesamts - Nachrichten.

Standesamt Halle-Nord, 8. Dezember.

Aufgebote: Der Arbeiter Richard Seiffert, Spitze 10, u. Marie Braune, Gr. Gohlfir. 19. Der Schuhmacher Hermann Reichel, Gohlfir. 11, u. Beria Haase, Besingstr. 36. Der Schlosser Otto Köhler, Besingstr. 26, u. Martha Gängel, Laurentiusstraße 5. Der Former Otto Wagner, Schulberg 7, u. Clara Junold, Weihenbürgstr. 11.

Geboren: Dem Tapezierer Hermann Volgt S. Fritz, Triftstraße 3. Dem Privatdozenten Dr. phil. Ernst Bringsheim T. Marianne, Tiergartenstr. 10. Dem Buchhändler Albert Schmidt T. Martha, Seelwerderstr. 9. Dem Kaufmann Wilhelm Hesse S. Hellmuth, Delfauerstr. 20. Dem Kupferer Wilhelm Krotz S. Otto, Brandenburgerstr. 1. Dem Lagerhalter Wilhelm Keller S. Franz, Geißstr. 53. Dem Bezirksfeldwebel Franz Schumacher S. Franz, Wielandstr. 25.

Gestorben: Des Arbeiters Karl Apptius T. Hildegard, 1 J., Fiehlstr. 39. Die Kleinfeldbesitzerin Anna Gens, 50 J., Lafontainestr. 14. Des Arbeiters Otto Schwefel T. Martha, 10 Mon., Körnerstr. 1. Der Bäckermeister Ludw. Kermel, 61 J., Trothstr. 67. Der Versicherungsdirektor Viktor Lohmeyer, 54 J., Geißstr. 40.

Standesamt Halle-Süd, 8. Dezember.

Aufgebote: Der Redakteur Alexander Wolf, Sottingen, u. Margarete Lehmann, Schmeerstr. 5.

Geboren: Dem Schiffbauer Hermann Ganz T. Elisabeth, Werleburgerstr. 46. Dem Arbeiter Karl Schotte T. Martha, Unterplan 1.

Gestorben: Des Arbeiters Johann Rasmus Ehefr. Maria geb. Niemann, 52 J., Magdalenstr. 1. Des Geschäftsführers Otto Barth Ehefr. Ida geb. Kandler ausendorf, 26 J., Klinik. Der Geschäftsführer Max Geßlein, 50 J., Weingärten 14. Des Landwirts Wilhelm Walter aus Lunsiedt S. Erich, 14 J., Bergmannstr.

Auswärtige Aufgebote:

Der Arbeiter Albert Kraut u. Selma Jünger, Tauscha. Der Bauführer Franz Hartmann, Clausbach, u. Elsa Keimung, Erfurt. Der Arbeiter Karl Rißke u. Franziska Komolczi, Harterode. Der Arbeiter Karl Lehmann u. Friederike Wülfert, Harterode.

Vermischtes.

Zur Hamburger Brandkatastrophe.

Die Bestätigung der Opfer der Brandkatastrophe erfolgt auf Kosten der Direktion der Gaswerke, die sie durch den Anhang-Verein im 1884 in einfacher, würdiger Weise ausführen läßt. Die Trauerfeier findet Sonnabend mittags 12 Uhr im Hauptkrankenhause statt, wozin auch die Leichen der im Eppendorfer Krankenhaus Verstorbenen gebracht werden. Senator Straß, der Präses und die Mitglieder der Deputation für das Beileidungsamt sowie die Beamten und Angestellten der Gaswerke werden der Trauerfeier beizuhören. Die Leichen sollen in einem gemeinsamen Grabe auf dem Ohlsdorfer Zentralfriedhof bestattet werden, falls die Angehörigen der Verstorbenen nicht andere Bestimmungen treffen.

Ueber die Beteiligung der Versicherungsgesellschaften an dem Brande des Gaswerkes werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt: Bei dem Brandschaden, der an den verschiedenen Schuppen, Kohlenlagern usw. entstanden ist, sind u. a. beteiligt die Bamerische Versicherungsgesellschaft u. die Hamburg-Bremer Feuer-Versicherungsgesellschaft und die Norddeutsche Versicherungsgesellschaft. Der Schaden ist jedoch unbedeutend und trifft die einzelnen Gesellschaften nur mit wenigen tausend Mark. Die älteren Gebäude sind bei der Hamburger Feuerkasse versichert. Dagegen ist der noch in Montage befindliche neue Gasbehälter bei Privatgesellschaften versichert, und zwar sind daran beteiligt die Kölner Feuer-Versicherungsgesellschaft Colonia mit 1 Million Mark, sowie der Deutsche Lloyd, Versicherungsgesellschaft, in Frankfurt a. M. und die Brodentina in Frankfurt a. M. In Hamburger Versicherungsgesellschaften ebenfalls mit 1 Million angebehen.

Eine Familie an Kohlenbunk erstickt. In Osterode erstickte das Fährweibchen Klinger mit einem zehnjährigen Sohn im Schlafzimmer durch Rauchentzündung eines Schachbais Ofens.

Letzte Nachrichten.

Preßstimmen zur Kanzlerrede.

(Keine Zufriedenheit.)

H. Berlin, 9. Dez. (Meldung von Louis Stiehs Telegraphen-Bureau.) Die „Germania“ schreibt zu der heutigen Rede des Reichskanzlers: Die Erwartung, daß der Reichskanzler sein bisheriges Schweigen brechen und ein sorgfältig ausgearbeitetes Programm für die auswärtige und innere Politik des Reiches entwickeln werde, ist nicht in Erfüllung gegangen. Vielleicht kann man in den wenigen Worten des Reichskanzlers das politische Programm erkennen. Sein parlamentarisches Programm offenbart sich darin, daß er alle bürgerlichen Parteien zur politischen Mitarbeit aufrief, indem er in seiner „philosophischen“ Weise dem Gedanken Ausdruck gab, daß der „Zwang zum Schaffen“ auch die gegenwärtigen Irrungen und Wirrungen überdauern werde. So war seine glänzende Rede, mit welcher der Reichskanzler sich bei dem Reichstage einführte, aber eine recht vernünftige Rede.

Die „Freie Ztg.“ schreibt: Der Reichskanzler hat gesprochen, aber nach seiner Rede sind wir genau so klug, wie zuvor. Vom Standpunkt des Herrn v. Bethmann Hollweg aus war es selbstverständlich das geschickteste, was er im gegenwärtigen Moment tun konnte, jede Abhängigkeit der Regierung von irgendeiner Partei in Abrede zu stellen. Es mag auch sein, daß er für seine Person den ernstlichen Willen hat, dies durchzuführen. Aber wir meinen, daß die Liberalen sich kaum bereit finden lassen werden, den Konservationen die

Kassanien aus dem Feuer zu holen und sich jenen zur Verfügung zu stellen, wenn es dem Zentrum zu opponieren gilt, um dann nachher, sobald sie ihre Schuldigkeit getan haben, wieder zu gehen.

Unterhülle.

W. Siegen, 9. Dez. Auf dem Elektricitätswerk „Siegerland“ wurden große Unterhülle entbedt. Vier Bediente wurden sofort verhaftet.

Ueberfall.

H. Frankfurt a. M., 9. Dez. Gestern abend wurde in der Nähe des Eisenbahnammes bei Sachshausen ein Liebespaar von zwei Männern überfallen. Letztere verletzten den Liebhaber und festelten das Mädchen, um ihm Gewalt anzutun. Der vertriebene Liebhaber kam jedoch bald mit einigen Leuten zurück. Die Männer ergriffen die Flucht.

Verhaftung eines Räuberhauptmanns.

H. Sterkrade, 9. Dez. Der berüchtigte und lange geflüchtete Räuberhauptmann Straumann wurde heute morgen um 4 Uhr von Kriminalbeamten verhaftet. Straumann wird bekanntlich u. a. des Gewerbediebstahls beschuldigt, der bei der Firma Müller & Sohn in Reusenrade ausgeführt wurde.

Gegen die preussischen Binnenfahrtspläne.

□ Karlsruhe, 9. Dez. (Privattelegramm.) Der Verteilungsruf der sächsischen und bairischen Regierung gegen die Binnenfahrtspläne Preussens findet in der gesamten Tagespresse, soweit sie sich bisher um diese Angelegenheit gekümmert hat, äußerst fräftige Zustimmung.

Die Souveränität der Türkei über Aretia scheint gesichert.

H. Konstantinopel, 9. Dez. Der „Tanin“ kommt heute auf einen Artikel der „Kön. Ztg.“ zurück, in dem hervorgehoben wird, daß bei Prüfung der Souveränität Aretias nicht ohne Zustimmung aller Signatarmächte entschieden werden könne und knüpft daran folgende hoffnungsvolle Ausspruchung:
Aus dem Artikel geht hervor, daß Deutschland nicht beabsichtigt, in der Aretiafrage gänzlich auszuscheiden. Es ist für die Türkei ein besonderer Grund zum Dank, daß Deutschland eine eventuelle Einmischung gegen die Annexion der Insel und für die Wahrung der Souveränität der Türkei nicht in Aussicht stellt. Demnach scheint die Gefahr beseitigt zu sein, die infolge der zweifelhaften Haltung einer der vier Schuttmächte bestand.

H. Konstantinopel, 9. Dez. Wie der „Neologos“ meldet, äußerte sich der Kommerzienrat gegenüber den griechischen Deputierten dahin, er habe selbst die Absicht, sich an der Spitze der Deputierten nach Athen zu begeben und dort für eine türkisch-griechische Allianz und auf eine freundschaftliche Lösung der Aretiafrage einzutreten.

Großdiebstahl.

H. Newyork, 9. Dez. Der Präsident der Rhönig-Berliner Versicherungsgesellschaft in Brooklyn, Sheldon, wurde des Großdiebstahls angeklagt. Die Untersuchung ergab Valuations für die American-Credit-Indemnity-Company von 1 200 000 Dollars.

Andriens über Andriens.

H. Wien, 9. Dez. Benerie wurde heute mittags in einständiger Audienz vom Kaiser empfangen. Ein Resultat ist wiederum nicht erzielt worden. In hiesigen wohnortmierten Kreisen verläutet, daß Benerie, da alle Verträge, ein neues Uebergangsinstitut zu bilden, gescheitert sind, selbst an die Spitze eines Uebergangsinstitutums treten wird. Dielem Ministerium wird auch Kommissar angehören; dagegen dürfte der Minister des Innern Andriens zurücktreten.

Schließung der Pariser Rechtsakademie.

□ Paris, 9. Dez. Angesichts der Fortdauer und Heftigkeit der nationalistischen und royalistischen Kämpfungen an der Rechtsakademie ordnete der Unterrichtsminister heute deren Schließung an. Die Streitigkeiten der Rechte verlaufen, die Unordnung auch in die übrigen Fakultäten zu tragen, begannen jedoch dort, namentlich bei den Hörern der Heilkunde, entsetzlichem Widerstand.

Diesjährige Eisenbahnbeamte.

Rom, 9. Dez. In Ancona und Foliano wurde eine aus Schaffnern, Bremsern und Eisenbahnarbeitern bestehende Bande bingest gemacht, die seit Jahresfrist Gepäc- und Güterwagen beraubte.

Deutsche Gesandtschaften für Serbien.

H. Belgrad, 9. Dez. Wie verläutet, beschloß die Regierung nach einer sehr erregten Sitzung, der reichsdeutschen Botschafter die Vertretung von Kanonen für die serbische Armee zu übertragen.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg. Für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinmann, für Ausland, Beste Nachrichten und Sport: Erich Polakow; für den Feuilleton: Friedrich Paul Schaumburg; für den Intelligenzteil: Friedrich Enbrulat; Druck u. Verlag von Otto Döndel.

Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umhüllt 8 Seiten.
— einschließlich Unterhaltungsabteilung.

Freitag und Sonntag
von 7 1/2 Uhr an
Tulpe Souper-Musik
Sonntag von 1-3 Uhr
Diner-Musik.
Austern und Austerngerichte.

